



Dokumentation

*Senatsempfang
zu Ehren von
Ludwig Baumann*

*13. Dezember 2011
im Rathaus zu Bremen*

Vorwort von Bürgermeister a.D. Hans Koschnick

Es war eine gute Gelegenheit für den Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Bürgermeister Jens Böhrnsen, mit der Einladung zum 90. Geburtstag Ludwig Baumanns auch dessen aktive Mitstreiter und Freunde aus Wissenschaft und Friedensbewegung ins Rathaus zu bitten. Damit bot sich die Chance, Ludwig Baumann für seinen langjährigen Kampf gegen ein Verdrängen und Vergessen des mörderischen Wirkens der NS-Militärjustiz, erneut öffentliche Anerkennung auszusprechen.

Es hatte lange gedauert, bis das Engagement Ludwig Baumanns in der Öffentlichkeit anerkannt wurde und mit der Gründung der „Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz“ eine konkrete Antwort gefunden hatte. Dass erst 50 Jahre nach Kriegsende oberste Bundesgerichte anfangen, sich von der bisherigen Auffassung „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ radikal abzusetzen und die Entscheidungen der Militärgerichtsbarkeit als Perversion der Rechtsordnung verurteilen, spricht für sich. Es brauchte dann noch viel Zeit, bis der Deutsche Bundestag mit Gesetz vom 2. Juli 2009 die völlige Aufhebung aller Urteile der NS-Militärjustiz rechtswirksam beschloss. Positiv ist, dass damit eine gewisse Entmilitarisierung der früher häufig militärisch geprägten deutschen Rechtsgeschichte eingeleitet wurde.

Diese Dankes- und Respektbekundung verlangt aber auch eine besondere Mahnung. „Alles tun, damit heute und morgen keine neue Sondergerichtsbarkeit entsteht.“ Wer, wie im Grundgesetz verankert, den Einsatz der Bundeswehr unter den besonderen Parlamentsvorbehalt stellt und damit die Volksvertretung zurecht in die Verantwortung nimmt, damit man heute mit Fug und Recht von der Bundeswehr als Parlamentsarmee sprechen kann, auch wer von der Gleichheit aller Bürger in unserem Staatswesen ausgeht und die Soldaten bewusst als „Bürger in Uniform“ sehen will, der sollte sich mit uns dagegen wehren, dass wegen der besonderen Lagen der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen eine Sonderzuständigkeit im Ausbau unseres demokratischen Rechtssystems durchgesetzt werden soll. Bürgermeister Böhrnsen hat dazu das Notwendige gesagt. Meine Hoffnung ist, dass das nicht nur eine bremische Haltung ist.

Hans Koschnick

Reden

Bürgermeister Jens Böhrnsen <i>Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen</i>	02
Prof. Dr. Manfred Messerschmidt <i>Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.</i>	08
Ulrich Thiel <i>Vereinigte Kriegsdienstgegner</i>	10
Ludwig Baumann	14

Bürgermeister Jens Böhrnsen

Meine Damen und Herren,

ich möchte Sie alle sehr herzlich im Bremer Rathaus begrüßen. Wir wollen heute einen ganz besonderen Menschen würdigen und beglückwünschen. Zu aller erst dazu, dass er heute seinen 90. Geburtstag feiert: Lieber Ludwig Baumann, herzlichen Glückwunsch.

Ich freue mich, dass heute so viele ins Rathaus gekommen sind. Wir wollen natürlich mit Ihnen Geburtstag feiern, aber wir wollen

auch etwas ausdrücken mit diesem Empfang.

Wir wollen ausdrücken, dass wir eine

ganz besondere Lebensleistung ehren, die für Menschen, für Menschenliebe und für Menschenfreundlichkeit erbracht worden ist und das unter den schwierigsten Umständen in der Nachkriegszeit. Das wollen wir ausdrücken. Und dass dies im Bremer Rathaus stattfindet - ich glaube das drückt auch etwas aus.

Als ich eben der Musik zuhörte, habe ich mir überlegt, dass es hier im Rathaus ja auch einmal einen Nazi-Bürgermeister gegeben hat. Es ist gut zu wissen, dass wir rückblickend darauf heute einen Menschen wie Sie hier im Bremer Rathaus feiern und begrüßen können. Es ist mir besonders wichtig, dass wir mit Ihrer Würdigung hier im Rathaus, im Zentrum unserer Stadt und damit im Zentrum unserer Gesellschaft, heute auch ein besonderes Signal aussenden wollen.

Ich glaube, das ist in Deutschland nicht so häufig, dass solche Ehrungen in Rathäusern stattfinden und deswegen denke ich, dass das auch gut nach Bremen passt.

Ich freue mich, meinen Amtsvorgänger Hans Koschnick heute zu begrüßen, den Ehrenbürger Klaus Hübötter, viele andere aus Politik und Gesellschaft, Freunde und Freundinnen von Ludwig Baumann, Professor Messerschmidt und Herrn Thiel, die

gleich noch zu uns sprechen werden, und natürlich Sie alle, meine

Damen und Herren.

Es ist, wenn ich mich recht erinnere, zweieinhalb Jahre her, dass wir schon einmal hier versammelt waren, das war seinerzeit zur Eröffnung der Wanderausstellung „Was damals Recht war“. Diese Wanderausstellung hat Ihr zentrales Lebensthema zu uns nach Bremen und hier ins Rathaus gebracht, nämlich Zivilisten und Soldaten vor Gerichten der Wehrmacht. Ich denke, ich muss in diesem Kreis die Lebensgeschichte von Ludwig Baumann nicht noch einmal breit erzählen. Wir kennen sie.

Ich habe heute in einer Zeitung gelesen, die Ludwig Baumann und ich morgens wahrscheinlich als erstes lesen, weil wir beide im Norden Bremens leben: „Wir sind gefordert, gewaltfrei zu handeln“. So lautete die Überschrift zu dem Artikel über Sie. Das ist ein wunderbares Motto.

„Wir wollen eine Lebensleistung für die Menschen, für Menschenliebe und Menschenfreundlichkeit ehren.“

Wir sind gefordert, gewaltfrei zu handeln und zwar natürlich nicht allein bezogen auf Krieg, sondern auf unsere Gesellschaft insgesamt. In dem Artikel heißt es: „Er ist der letzte. Nach ihm wird niemand mehr aus eigenem Erleben schildern können, wie es ist, von einem NS-Militärgericht wegen Desertion verurteilt zu werden und in einer Todeszelle monatelang auf die Hinrichtung zu warten“. Ja, das drückt es aus, wie wichtig nicht nur das ist, was Sie in den letzten Jahrzehnten zugunsten der Opfer der Wehr-

machtsgerichte geleistet haben, sondern was Sie als Zeitzeuge (und ich weiß wie häufig!) vor Jugendlichen, vor Schülerinnen und Schülern geleistet haben, um ihnen durch das persönliche Erzählen nahezubringen, worum es geht.

Das ist etwas anderes, als aus Geschichtsbüchern Zahlen, Daten und Fakten zu hören. Und ich will Ihnen zu allererst dafür danken, dass Sie Menschen in unserer Gesellschaft, der nachwachsenden Generationen insbesondere, etwas mitgeben, was mehr ist als ein Faktum der Historie. Die jungen Leute ziehen etwas daraus, das für ihre Bildung von Werten, von Wichtigkeiten in ihrem Leben, und damit für die Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Das haben Sie geleistet und das wird bleibend sein, weil es in Menschen angelegt ist. Aber natürlich will ich erinnern, dass Sie als 19 Jahre junger Mensch in den grausamen Sog des Zweiten Weltkriegs geraten sind.

„Wir sind gefordert, gewaltfrei zu handeln.“

Sie wollten kein Held sein. Sie wollten überleben, aber vor allem wollten Sie nicht töten müssen und dafür haben Sie einen einzigen Ausweg gefunden und der hieß sich verweigern, der Gewalt zu verweigern, sich der Gewalt entziehen und die Folgen waren Militärgericht in Frankreich, Todesurteil, qualvolles Warten auf den Vollzug - zehn Monate lang, dann Umwandlung der Strafe in eine 12-jährige Zuchthausstrafe, in deren Folge Sie weiterhin Qualvolles erleben mussten; Konzentrationslager

Esterwegen, später Wehrmachtsgefängnis Torgau, dort sollten Sie auf den Einsatz im Himmelfahrts-

kommando in der Ostfront gedrillt werden.

Sie haben überlebt, Sie haben überstanden und Sie haben nach dem Krieg Bremen zu Ihrer Wahlheimat erkoren.

Sie haben versucht ein normales Leben aufzubauen. Sie sind sechsfacher Familienvater geworden. Wir wissen um Ihre schwere Zeit. Ich habe immer bewundert, mit welcher Offenheit Sie auch über diese schwere Zeit gesprochen haben. Auch das ist ja etwas sehr Besonderes. Und mich hat natürlich immer am meisten beeindruckt, wie Sie erzählt haben, wie Sie berichtet haben, wie es war als sogenannter „Deserteur“ verfemt, als Vorbestrafter, ja sogar als Krimineller gesellschaftlich ausgegrenzt, ja stigmatisiert zu werden.



Sie haben schwere Zeiten durchlebt, aber Sie haben sie überstanden. Und trotzdem, vielleicht kann man sogar sagen gerade deswegen haben Sie sich zugunsten anderer eingesetzt. Sie sind Friedensaktivist geworden. Und unvergessen ist, dass Sie Rekruten auf dem Bahnhof zugerufen haben, nichts gegen ihr Gewissen zu tun. Es gab ein Bahnverbot. Aber Sie haben das nicht akzeptiert, sind vor Gerichte gezogen bis zum Oberlandesgericht Celle, da haben Sie am Ende obsiegt.

Als jemand, der im Norden Bremens zu Hause ist, sehe ich immer wieder mit großer Freude, wie beharrlich Sie dafür gesorgt haben, dass ein Denkmal für den „unbekannten Deserteur“ aufgestellt worden ist. Das war im Jahr 1986. Und das war zu einer Zeit, als viele aufgeschlossen werden mussten für dieses Thema. Und Sie haben es erreicht.

Vier Jahre später, 1990, haben Sie mit 37 Betroffenen die Bundesvereinigung „Opfer der Militärjustiz“ gegründet. Das war im Lidice-Haus, damals noch in St. Magnus. Und dieser Kampf, den Sie geführt haben für die Opfer der Militärjustiz, der war lang - viel, viel zu lang - aber er war erfolgreich. Wie lange hat es gedauert, dass die Deutschen akzeptiert haben, sehen wollten, dass alle Teile staatlicher Gewalt Teile der Ungewalt der Nazis waren? Alle Teile!

Wir in Bremen haben auch lange gebraucht, zum Beispiel die Beteiligung der Polizei zu sehen: Es ist ein großer Verdienst, dass es gerade in jüngster Zeit dazu auch Studien gibt, dass es Menschen gibt, die sich dem ganz besonders gewidmet haben (und gerade heute Abend findet dazu ja auch eine Veranstaltung statt).

Alle Teile staatlicher Gewalt waren in die Gewalt des Dritten Reiches verwickelt und beteiligt. Polizisten, Soldaten, Lehrer, Richter, Ärzte und Wissenschaftler jeder Fachrichtung. Aber kein Berufsstand hat es nach 1945 geschafft, mit derart scheinbar gutem Gewissen weiter zu amtieren wie die Justizjuristen. Ich bin in meinem Leben- meinem Berufsleben eines Richters- immer wieder sehr dankbar für das Buch von Ingo Müller „Die furchtbaren Juristen“. Wie lange hat es gedauert? Auch ich erinnere mich, dass ich in Bremischen Gerichtsgebäuden auf Portraitfotos

gestoßen bin
mit würdigen
Präsidenten,
von deren
Lebens-
geschichte
man erst später

gehört hat, obwohl auch sie verwickelt waren. Oder denken Sie an die Verteidiger der Danziger Post, denen Günter Grass in der „Blechtrommel“ ein literarisches Vermächtnis gesetzt hat: sie wurden verurteilt, aber nicht als Kriegsgefangene, sondern als Freischärler und das von einem Richter, der es in Bremen bis zum Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts und sogar zum Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs gebracht hat. Michael Naumann hat das in seinen jungen Jahren als Journalist herausgefunden. Wie bitter, dass wir es nicht herausgefunden haben! Und so war es in ganz besonderer Weise bei den Richtern der NS-Militärjustiz: Sie haben ihre Verbrechen anderen zugeschoben, der NSDAP, dem Reichssicherheitshauptamt, der SS, dem sogenannten „Gesetzgeber“, den es so gar nicht gab, oder pauschal „der Führung“, nur um sich selber unantastbar zu machen.

„Alle Teile staatlicher Gewalt waren in die Gewalt des Dritten Reiches verwickelt und beteiligt.“

Und Ingo Müller hat uns immer wieder Beispiele geliefert, wie solche Richter aus dieser Zeit im Nachkriegsdeutschland Karriere gemacht haben. Wie sie es verstanden haben, in Wissenschaft, Justiz und Rechtsprechung, die Mär aufrecht zu erhalten als hätte es eine „Gerichtsbarkeit“ gegeben. Ingo Müller hat mich auf ein Urteil aufmerksam gemacht, das noch einmal deutlich zeigt, wie es nach 1945 die Justiz verstanden hat, ihre Beteiligung an den Verbrechen zu verbrämen: Da ist ein Urteil des Oberlandesgerichts Kiel vom 26. März 1947. Es ging um Folgendes:

Der Journalist
Karl-Heinz Garbe
war 1943
wegen
Fahnenflucht
zum Tode
verurteilt worden.

Er konnte sich jedoch aus der Haft befreien, indem er einen Wachmann zusammen schlug. Er floh in die Schweiz und kehrte 1946 zurück. Er wurde verhaftet und vor dem Landgericht Lübeck angeklagt. Das Gericht ließ seine Verteidigung, er habe seinerzeit in Notwehr gehandelt, nicht gelten und verurteilte ihn wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und versuchten Totschlags zu einer Freiheitsstrafe. Das Oberlandesgericht bestätigte das Urteil mit den Worten:

„Auch wer durch unrichtiges Urteil zum Tode verurteilt ist, muss die Vollstreckung des Urteils dulden, wenn die Entscheidung rechtskräftig geworden ist. Die Idee des Rechtsstaates und die Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens gebieten es, dass auch fehlerhafte Urteile vollstreckt werden.“

So, wurde noch nach 1945, im Jahr 1947 „Recht“ gesprochen.

Das wirft ein schlechtes Licht darauf, wie die Wehrmachtsjustiz es verstanden hat, nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Verbrechen zu rechtfertigen, und kein Satz ist schlimmer als der von Herrn Filbinger:

„Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“

Aber, und das ist das Besondere, es hat sich durch Ludwig Baumann sehr spät eine Öffentlichkeit gefunden, mit der Gründung der Bundesvereinigung „Opfer der Militärjustiz“ am 21. Oktober 1990.

Ludwig Baumann hat rasch öffentliche Anerkennung bekommen.

Er und seine Vereinigung beherrschten bald die öffentliche Meinung, und die Zeit der

Wehrmachtsrichterkartelle schien abzulaufen. 1991 jedenfalls reichte ihr Einfluss nicht mehr, Entschädigungszahlungen an die Witwe eines Hingerichteten zu verhindern.

Das Bundessozialgericht zählte diese Kriegsgerichtsbarkeit zum Terrorsystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt wurde (das war eines der ersten Urteile dieser Art). Berichterstatterin damals war übrigens Renate Jäger, die später Richterin am Bundesverfassungsgericht wurde.

Und ganz deutlich heißt es in diesem Urteil: im Bereich der Wehrmacht hat es somit keine unabhängige Justiz gegeben. Das war aber erst 1991. Man hätte sich so etwas 1946/ 47 gewünscht.

Vier Jahre später sprach schließlich auch der Bundesgerichtshof 1995 von einer Perversion

der Rechtsordnung wie sie schlimmer kaum vorstellbar sei und bezog dieses vernichtende Urteil ausdrücklich auch auf die Blutrichter der Wehrmachtsjustiz.

Die Reaktionen des Parlaments, des Bundestages hat lange auf sich warten lassen. Im Bundestag wurde ein Gesetz zur pauschalen Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen und schon gar solcher der Militärjustiz zunächst verhindert. Ich will das jetzt

nicht parteipolitisch sortieren, es wurde jedenfalls verhindert.

Vorherrschend war eben immer noch der schlimme Satz des Marinerichters Hans Filbinger. Erst 1989 kam es kurz vor der

Bundestagswahl zum

Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile. Aber auch das war ja ein Kompromissgesetz, denn es hob zunächst nur Urteile des Volksgerichtshofs und der Standgerichte auf.

Erst fünf Jahre später, am 23. Juli 2002, wurden dann mit rot-grüner Mehrheit in einem Änderungsgesetz endlich auch die Wehrmachtsdeserteure rehabilitiert. Dann gingen noch einmal sieben Jahre ins Land bis der Bundestag, und dieses Mal dann einstimmig, mit Gesetz vom 2. Juli 2009, die Urteile der sogenannten Kriegsverräter aufhob.

So lange hat es gedauert! Es treibt einem die Schamesröte ins Gesicht. Doch am Ende war es der Erfolg einer breiten Bewegung, zu der im weiteren Verlauf sehr viele gehört haben. Aber treibende Kraft, Motor dieser Bewegung, das waren immer Sie, Herr Baumann! Und deswegen sind wir hier heute auch zusammengekommen.

**„Erst am 23. Juli 2002
wurden endlich auch die
Wehrmachtsdeserteure rehabilitiert.
Treibende Kraft waren immer Sie,
Herr Baumann!“**

Die zitierte Überschrift zur Gewaltlosigkeit aus der Zeitung von heute veranlasst mich, auch weil ich gehört habe, dass es für Sie ganz wichtig ist, bei dieser Gelegenheit auf eins hinzuweisen:

Sie interessieren sich dafür, wie ich zur Absichtserklärung im Koalitionsvertrag der

jetzt amtierenden Koalition in Berlin stehe, dass es eine zentrale Zuständigkeit für Staatsanwaltschaften und Gerichte bei Straftaten in der Folge von Auslandsverwendung von Bundeswehrsoldaten geben soll. Das ist eine politisch brisante Frage und ich würde gerne die Gelegenheit nutzen Ihnen zu antworten. Dabei will ich jetzt gar keine Verbindung zu dem, was ich eben ausgeführt habe, herstellen. Sondern ich möchte feststellen:

In meinem Verständnis von Rechtsstaat darf es keine unterschiedlichen Regelungen geben, egal „ob es sich um Zivilisten oder andere handelt“. „Wir wollen keine Sondergerichtsbarkeiten in Deutschland mehr!“

„Wir wollen keine Sondergerichtsbarkeiten in Deutschland mehr!“

Und deswegen wird Bremen einem solchen Ziel auch nicht folgen. Ich möchte Ihnen, lieber Herr Baumann noch einmal herzlich gratulieren und

möchte meinen Dank an Sie, den Dank Bremens, den Dank vieler, vieler Menschen in Deutschland und natürlich aller Menschen, die hier sind

mit einer kleinen Gabe ausdrücken.

Bremen ist als republikanische Stadt nicht reich an Orden und Ehrenzeichen.

Eines unserer schönsten Ehrenzeichen ist der Bremer Schlüssel, und den möchte ich Ihnen gerne überreichen, mit einer Inschrift, die lautet:

„Herrn Ludwig Baumann für seine Verdienste um die Opfer der NS-Militärjustiz. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen 13. Dezember 2011“.

Vielen, vielen Dank für alles, was Sie geleistet haben!



Bürgermeister Jens Böhrnsen ehrt Ludwig Baumann mit dem Bremer Schlüssel mit der Inschrift: „Herrn Ludwig Baumann für seine Verdienste um die Opfer der NS-Militärjustiz. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen 13. Dezember 2011“

Sehr geehrter Herr Senatspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Ludwig,
liebe Festversammlung,

was ich sagen möchte, könnte sich ein bisschen mit dem kreuzen, was der Herr Bürgermeister soeben ausgeführt hat, aber ich hoffe, nicht zu sehr.

Ich spreche über den Kampf, der zur Rehabilitation der Opfer der NS-Militärjustiz geführt hat. Und ich frage: Welches rechtspolitische Denken hat diesen Kampf nötig gemacht und welches hat ihn beendet?

Warum gelang es der Juristenschaft, so etwas wie die Interpretationshoheit für ihre eigene Rolle im NS-System zu erreichen?

Diese Hoheit herrschte jahrzehntelang sowohl in der Entschädigungsrechtsprechung bis zu dem bahnbrechenden Urteil des Bundessozialgerichts vom September 1991, als auch in der Bewertung der Wehrmachtjustizurteile bis zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom November 1995. In der Literatur ist dazu schon einiges gesagt worden. Wir müssen uns heute vorstellen, was zum Beispiel die politische Gesamtsituation im Kalten Krieg bewirkt hat:

Das Scheitern einer Reform des öffentlichen Dienstes, der Fehlschlag der Entnazifizierung und das wachsende Gewicht von staatlichen Funktionsträgern des NS-Systems in Deutschland, durchaus auch unterstützt von den Vereinigten Staaten hier in Deutschland im Kalten Krieg.

Darüber hat Joachim Perels in der Zeitschrift >Kritische Justiz< eine sehr schöne kurze Zusammenfassung gegeben, die wirklich das Nachlesen lohnt: >Die Restauration der Rechtslehre nach 1945<. Deren Ergebnis: Die Justiz und die juristischen Interpretationseliten sahen keine Verantwortung für die terroristische Praxis im NS-System. Schon 1947 konnte der nordrheinwestfälische Justizminister Sträter auf dem Konstanzer Juristentag erklären, ein großer Teil der Richter habe versucht, das Recht gegen die Gewalthaber zu schützen, die Mehrheit habe vor Hitler nicht kapituliert.

**„Aus heutiger Sicht
ist die Desertion auch
ein Stück Widerstand.“**

Der erste Präsident
des Bundesgerichtshofs,
Hermann Weinkauff,
und andere ehemalige
Funktionäre der
NS-Justiz, Weinkauff

war ja vorher Reichsgerichtsrat gewesen, wirkten in den 50er Jahren im Sinne einer Ent-Legitimierung des Widerstandes. Im größeren, weiteren Sinne ist - aus heutiger Sicht - die Desertion auch ein Stück Widerstand; damals war sie allerdings ein Thema, dass zwar irgendwo in den Wolken schwebte, aber nicht anerkannt wurde. Die überkommene Anerkennung von NS-Normen für den Staatsschutz, dazu gehörten alle Normen, die die Polizei betrafen, aber auch das Wehrstrafgesetzbuch sowie die Strafrechtsverordnungen aus den 30er Jahren mit dem berühmten Paragraphen für die Wehrkraftzersetzung, durch diese führenden Juristen beinhaltete die Abwehr von Desertion. Diese Auffassung hatte natürlich für Deserteure und Wehrkraftzersetzer eine ganz verheerende Wirkung:

Sie war im Grunde ein erstklassiges
Ruhekissen für die Wehrmachtjustiz.

Man denke nur an das Buch von
Schweling /Schwinge, das ja deren
Apologetik in aller Deutlichkeit aus-
geführt hat. Beide waren Militärjuris-
ten mit einer entsprechenden
Urteils-Bilanz. Hier liegt wohl auch
die Erklärung für das zunächst aus-
sichtslos erscheinende Bemühen der
Opfer der NS-Militärjustiz um Aner-
kennung, geschweige denn um Re-
habilitierung.

In mehr als
zehn Jahren
unermüdlicher
Überzeugungs-
arbeit musste
Ludwig Baumann
in Gesprächen mit
Politikern aller
Schattierungen
häufig das Gefühl
haben:

Es ist alles sinnlos, wir kommen nicht
weiter. Bei dem berühmten Wort von
Herrn Filbinger, was damals Recht
war, kann heute nicht Unrecht sein,
habe ich mich manchmal gefragt -
und heute Nachmittag im Lidice-
Haus daran erinnert-, ob dieser Herr
Filbinger bei seiner Äußerung wohl
auch an die Rassegesetzgebung der
Nazis gedacht hat? War das alles
Recht? Es gab ja nach BGH-Rich-
tern, die ehemalige Justiz-Funktionä-
re des NS-Systems waren, kein ge-
setzliches Unrecht. Gesetze waren
nicht Unrecht, konnten es nicht sein.
Aus deren Sicht war es rechtens, To-
desurteile wegen sogenannter Wehr-
kraftersetzung zu verhängen. Oder
etwa auch wegen Kriegsverrats,
dessen Urteile erst vor kurzem aufge-
hoben worden sind.

Was die NS-Juristen alles unter
Kriegsverrat subsumiert haben, das
kann man nicht glauben. Ich erinnere
an ein Urteil des Reichskriegsge-
richts gegen einen Kommunisten, der
es gewagt hat-te, für die Familie
eines ins KZ gekommenen anderen
Kommunisten etwas Geld zu sam-
meln; diese Familie, Frau und
Kinder, kriegten natürlich keinen
Pfennig. Die Sammlung hatte ein
paar Mark zusammengebracht.

Darüber befand nun das Reichs-

kriegsgericht.

Dessen Logik
bestand darin,

zu sagen,

seit der

Kommunismus,

der frühere

innere Feind,

nach Hitlers

Kriegserklärung

gegen die

Sowjetunion

zum äußeren Feind geworden war,
seitdem ist jede kleine Unterstützung
ein Nachteil für die Wehrmacht und
ein Vorteil für die Rote Armee.

Und aus diesem Grunde ist dieser
kleine Mann, der ein paar Mark ge-
spendet hatte, wegen Kriegsverrats
zum Tode verurteilt worden.

Leute, die seine Richter hätten sein
können, haben in der Bundesrepublik
Karriere gemacht. Ich denke an einen
späteren Oberlandesgerichtspräsi-
denten in Oldenburg, der als Ober-
strichter in der Rechtsabteilung des
Heeres gemeint hatte, das Richter-
amt sei ein „Lehen aus der Hand des
Führers“ und habe entsprechend ver-
waltet zu werden. Was das im Einzel-
nen heißen konnte, wissen wir inzwi-
schen.

**„In mehr als zehn Jahren
unermüdlicher Überzeugungsarbeit
musste Ludwig Baumann häufig
das Gefühl haben:
Es ist alles sinnlos,
wir kommen nicht weiter.“**

Weil damals ja alles rechtens war, waren auch Entschädigungsansprüche von Deserteuren völlig aussichtslos und an Urteilsaufhebungen war noch Jahrzehnte nach dem Krieg gar nicht zu denken. Das hätte höchstens höhnisches Gelächter hervorgebracht.

Also war über die Gerichte zunächst kein Fortschritt zu erwarten für Ludwig Baumann und die Bundesvereinigung. Es schien nur ein Weg möglich, nämlich ein gesellschaftspolitisch orientierter Appell und Überzeugungsarbeit.

Dieser Weg ist immer wieder von Ludwig verfolgt worden, schließlich auch mit Erfolg.

Statt auf Umkehr in der Rechtsprechung zu hoffen, wurden die Bemühungen fortgesetzt, politische Mehrheiten für eine gesetzliche Rehabilitierung durch den Deutschen Bundestag zu erreichen.

Die Erfahrungen dazu waren: Wohlwollen und Unterstützung bei den rot-grünen Parteien und Oppositionsfractionen, für deren Gesetzentwürfe allerdings keine Zustimmung bei der schwarz-gelben Mehrheit der Bundesregierung Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zu erreichen war. Dem ersten NS-Unrechts-Aufhebungsgesetz von 1998 ging im Jahr 1996 eine Entschließung der Synode der Evangelischen Kirche voraus, die eine überparteiliche Signalwirkung hatte.

Entsprechende Gesetzes-Anträge der SPD und der Grünen waren bereits im Bundesrat mehrheitsfähig.

Ein Antrag des Bundesjustizministers Schmidt-Jortzig (FDP), alle NS-Unrechtsurteile aufzuheben, wurde formuliert, hatte aber zunächst kaum Aussicht auf Erfolg, selbst in seiner eigenen Partei nicht.

Als damalige rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und EKD-Synodale nahm Herta Däubler-Gmelin Bezug auf eine Formulierung aus der EKD-Synode, mit der der „Zweite Weltkrieg als Angriffs- und Vernichtungskrieg und als ein von Deutschland verschuldetes

Verbrechen“ charakterisiert wurde. Diese Formulierung erwies sich schließlich als konsensstiftend; sie ist in die Formulierung der

**„Die USA hatten einen Deserteur
hingerichtet und Großbritannien keinen -
Deutschland kam auf weit über
15.000! Im Ersten Weltkrieg
waren es 48.“**

Bundestagsentschließung eingegangen, die den Aufhebungsgesetzen vorausging.

Ludwig Baumann hat mit allen Trägern solcher politischen Entscheidungen oft und intensiv diskutiert.

Gelegentlich hatte ich das Glück dabei zu sein, aber Vieles schien lange Zeit vergebens. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP wollten keine Aufhebung von Urteilen, die auf dem Militärstrafgesetzbuch (MStGB) beruhten, insbesondere Fahnenflucht. Zustimmung fand nur die Aufhebung von Urteilen nach der Kriegssonderstrafrechtsverordnung von 1938, z.B. Kriegsdienstverweigerung und Wehrkraftzersetzung. Im Falle der Bestrafung der Desertion wurde argumentiert, sie gebe es ja auch in anderen demokratischen Ländern.

Man sah ab von der Praxis in Deutschland. Welche Zahl von Todesurteilen, welche Zahl von Vollstreckungen: Die USA hatten einen Deserteur hingerichtet und Großbritannien keinen - Deutschland kam auf weit über 15.000! Im Ersten Weltkrieg waren es 48. Welcher Sprung im Rechtsdenken, was war da passiert? Denn wir müssen ja davon ausgehen, dass die Elite der Militärjuristen, die älteren Herren, die Armeerichter und ähnliches waren, hatte ja ihre Ausbildung in der Weimarer Zeit,

manche sogar noch in der Monarchie gehabt. Was ist in diesen Gehirnen passiert?

Das Gesetz, mit dem endlich die Deserteure der Wehrmacht am 23. Juli 2002 pauschal rehabilitiert wurden, hatte den schönen deutschen Namen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege.

Wie das Gesetz schließlich zustande kam, wie das Gesetz in den Bundestag gelangte, das wissen viele noch genau und es ist leider kein Ruhmesblatt für die SPD.

Die Gesetzesinitiative im Jahr 2002 beruhte zwar auf einem Antrag der SPD von 1998, der damals von der CDU/CSU-geführten Kohl-Regierung abgelehnt worden war. Mit ihm sollten auch auf dem MStGB beruhenden Urteile pauschal aufgehoben werden - bis auf den Straftatbestand „Kriegsverrat“. Ich habe Ihnen vorhin ein Beispiel gegeben für ein solches Urteil, dessen Aufhebung also auch 2002 immer noch nicht durchzusetzen war.

Aber immerhin wurde 2002 mit den Stimmen der rot-grünen Bundestagsmehrheit die Rehabilitierung der Wehrmachtdeserteure beschlossen, natürlich gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP. Nach deren Meinung sind Wehrmachtdeserteure heute noch nicht pauschal frei zu sprechen, sondern nur nach Prüfung der Motive im Einzelfall. Dass es 2002 zu der pauschalen Rehabilitierung kam, geht auf eine Initiative von Ludwig Baumann zurück. Er forderte

damals auch die Aufhebung der Verurteilungen wegen Kriegsverrats, die allerdings erst Jahre später im September 2009 erfolgte.

„Die erreichten Gesetze sind meines Erachtens eine Art Umkehr, Zeichen für eine gewisse Ent-Militarisierung in der früher militärisch geprägten deutschen Rechtsgeschichte.“

All die Initiativen und unermüdlichen Aktivitäten von Ludwig Baumann, seine Öffentlichkeitsarbeit und die vielen, vielen Gespräche mit Politikern in den verschiedensten Parteien, vor allem die zu dem Gesetz von 2002 führten, die berechtigen uns zu sagen, dass Ludwig Baumann auch für die deutsche Rechtsgeschichte viel geleistet hat.

Die erreichten Gesetze sind meines Erachtens eine Art Umkehr, Zeichen für eine gewisse Ent-Militarisierung in der früher militärisch geprägten deutschen Rechtsgeschichte. Was in den vergangenen gut zwei Jahrzehnten an ziviler Entwicklung passiert ist, wird hoffentlich unumkehrbar sein.

Ich möchte abschließend sagen, Ludwig Baumann hat in der Bundesrepublik viel dazu beigetragen und Wichtiges bewegt.

Ich danke dir dafür Ludwig.

Lieber Ludwig,
sehr geehrte Festgäste,

ich bin heute mit meinem Redebeitrag zwar als Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) angekündigt, aber ich bin mir sicher, auch im Namen all derjenigen Friedensinitiativen und -gruppen zu sprechen, die Dich, lieber Ludwig, in den zurückliegenden Jahren bei vielen Veranstaltungen und Aktionen erlebt und schätzen gelernt haben. Wir MitarbeiterInnen der Friedensbewegung und der DFG-VK verbinden mit Deinem Namen, Deinem Leben und Handeln zwei Begriffe:

Mut und
Menschlichkeit.
Diese beiden
Charaktereigenschaften wurden

bei Dir sehr klar sichtbar - in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, als Du selbst Dich geweigert hast, Soldat zu bleiben, sowie in den letzten Jahrzehnten, als Du für die Rehabilitation derjenigen Menschen gekämpft hast, die von der NS-Militärjustiz wegen ihres Widerstands gegen den Krieg verurteilt worden waren - rd. 30.000 davon zum Tode.

Du hast damals Entscheidungen getroffen, die sehr schwerwiegend waren. Mut ist da vielleicht viel zu wenig gesagt. Du wusstest, welche Tragweite deine Entscheidung hat, nein zu sagen zum Töten, nein zu sagen zum Krieg, Dich aus der Truppe zu entfernen. Die reguläre Kriegsdienstverweigerung gab es damals nicht. Es blieb nichts anderes übrig, als Fahnenflucht zu begehen. Und Dir war ganz klar welche Konsequenzen das haben wird: Das Todesurteil.

Du hast später noch oft auf das bekannte Hitler-Zitat hingewiesen: "Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben." Den Anstoß zu Deiner Entscheidung hast Du 1942 über Filme aus NS-Wochenschauen erhalten. Soldaten wurde gezeigt, dass hunderttausende sowjetische Gefangene von der deutschen Wehrmacht festgehalten wurden, hungrig der Kälte ausgesetzt und damit dem Tod durch Erfrieren ausgeliefert waren. Das menschliche Mitgefühl über das Schicksal der sowjetischen Gefangenen hat bei dir den Schritt

bewirkt, den
Kriegsdienst zu
verweigern,
die Truppe
zu verlassen.

Du hättest ja noch,
als du danach festgenommen worden
bist, von der Schuss-

waffe Gebrauch machen können, die du als Soldat noch bei Dir hattest, um Deiner Festnahme zu entgehen.

Du hast es aber nicht gemacht. Mut und Menschlichkeit auch da wieder. Du wurdest zum Tode verurteilt und musstest zehn qualvolle Monate in der Todeszelle jeden Tag damit rechnen, dass das Urteil vollstreckt wird. Dein Lebensmut konnte Dir nicht genommen werden. Du wurdest zu zwölf Jahren Zuchthaus „begnadigt“ und hast überlebt. In der Zeit nach 1945 musstest Du jahrzehntlang wüste Beschimpfungen und üble Diffamierungen ertragen. Für Dich und andere Opfer der NS-Militärjustiz, die sich einem verbrecherischen Krieg verweigerten, wäre es eigentlich die natürliche Haltung gewesen, ob ihrer mutigen Haltung von den Menschen anerkannt, gewürdigt oder gelobt zu werden.

**„Die Friedensbewegung verbindet
mit Deinem Namen, Deinem Leben
zwei Begriffe:
Mut und Menschlichkeit.“**

Aber nichts von dem ist gewesen. Diese furchtbare Zeit hatte Auswirkungen bis weit in die Zeit deines Engagements für die Rehabilitierung. In den 80er Jahren hattest Du dann Kontakt gefunden zu Menschen in der Friedensbewegung, die sich Deines Anliegens angenommen und es unterstützt haben. In den 90er Jahren, aber auch das letzte Jahrzehnt, war es ein schwieriger, manchmal auch entwürdigender Kampf. Ich möchte keine einzelne Aktionen oder Phasen benennen, aber wir haben in etlichen Veranstaltungen auch erlebt, dass immer wieder Menschen aufgetreten sind, die die Deserteure des Zweiten Weltkrieges, die Kriegsdienstgegner von damals, diffamiert haben und sich gegen deren Rehabilitierung aussprachen.

In Erinnerung ist mir eine Fernsehdiskussion über die Rehabilitierung der Deserteure, in der Du vom damaligen rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und einem Professor der Bundeswehrhochschule in München verbal so angegriffen und beleidigt wurdest, dass Du mit Ralph Giordano den Raum verlassen hast und sich der Moderator Gerd Ruge zum Abbruch der Sendung gezwungen sah. Dass selbst in den 90er Jahren noch solche Dinge passieren konnten, war und ist ein Indiz für das ganz schwierige Engagement, das du gezeigt hast. Die Vorhaltungen und Diskriminierungen gegen Dich und die anderen Deserteure hast Du nicht mit gleicher Münze beantwortet,

„Es war ein schwieriger, manchmal entwürdigender Kampf: immer wieder sind Menschen aufgetreten, die die Deserteure des Zweiten Weltkrieges als Kriegsdienstgegner von damals diffamiert haben.“

sondern Dich auch durch persönliche Angriffe niemals davon abbringen lassen, weiter für Eure Rehabilitierung zu kämpfen. Dass dieses Ziel schließlich vor wenigen Jahren erreicht wurde, ist vor allem Dir, Ludwig, und Deinem beharrlichen, glaubwürdigen Reden und Handeln zu verdanken. Für viele innerhalb der Friedensbewegung und der Organisationen, die Dich unterstützt haben, waren Dein Mut und Deine Menschlichkeit Vorbild und Ansporn.

Wir wollen Dir nun, lieber Ludwig, als kleines Zeichen unserer Anerkennung und unseres Dankes diese Brosche mit dem zerbrochenen Gewehr überreichen. Dieses Zeichen steht auch für den Begriff, den Sie, Herr Böhrnsen, vorhin

aus der Zeitung zitiert haben: Gewaltfreiheit. Das Emblem unseres weltweiten Dachverbandes War Resisters' International (W R I) (= Internationale der KriegsdienstgegnerInnen), der 1921 gegründet wurde, ist das zerbrochene Gewehr - als Symbol für die Verweigerung von Kriegsdiensten und Gewaltlosigkeit. Die Brosche stammt aus dem Nachlass einer Friedensfreundin aus unserer Karlsruher DFG-VK-Gruppe. Als wir sie erhielten lag ein Zettel dabei, dass sie aus den 20er Jahren ist, also (zumindest) dem gleichen Jahrzehnt, in dem Du geboren bist. Lieber Ludwig, gratuliert habe ich Dir schon heute Nachmittag. Aber dieses möchte ich Dir noch sagen: Ich wünsche Dir sehr, dass Du noch viele Jahre bei guter Gesundheit verbringen kannst und dass Du uns noch lange erhalten bleibst.

Lieber Herr Böhrnsen,
lieber Manfred, lieber Ulli,
lieber Günter,
liebe Freundinnen und Freunde,

wenn ich hier so gelobt werde für meine Handlungen, dann frage ich mich, ob das wirklich so war.

Ich denke, wir wissen nicht so sehr was damals war, sondern eher was wir hinterher darüber gedacht und gesagt haben. Darum möchte ich aus meinem Leben auch ganz anders berichten. Bei meiner Geburt lebten meine Eltern in Altona, das war damals noch Preußen. Heute, genau heute vor 90 Jahren ist meine Mutter dann nach Hamburg gefahren zur

Entbindungsanstalt
am Dammtor, damit
ich ein Hamburger
Junge werde.
Meine Eltern
kamen beide
aus sehr armen
Verhältnissen
und mein Vater
hatte es mit
großem Fleiß

und Ehrgeiz zu einem Besitz gebracht. Er wünschte sich natürlich, dass sein einziger Sohn später auch so erfolgreich werden wird. Dem habe ich nicht genügen können. Als ich zur Schule kam war ich Legasthener. Das war damals noch gar nicht als Problem bekannt. Meine Eltern mussten einfach denken, ich sei dickfellig. Ich musste jeden Tag stundenlang büffeln, und das war auch schlimm für mich. Ich kam dann mit 14 Jahren in die Maurerlehre und mit 15 starb meine Mutter. Da ist in mir wohl eine Welt zusammengebrochen. Ich fing dann an zu rebellieren, mich zu verweigern. Ich bin nicht in die Hitler-Jugend gegangen, obwohl ich dazu gedrängt wurde.

**„Da sah ich durch die
Gitter Frauen und Mütter,
die ihre Kinder und Männer in die
Arme nahmen und schrien und
sie nicht gehen lassen wollten.“**

Als ich Anfang 1941 Soldat wurde, da habe ich mich auch gleich verweigert, habe Befehle verweigert. Ich wurde zur Marine eingezogen, kam nach Bordeaux zur Hafenkompanie. Viel zu bewachen gab es dort nicht, außer Beutegut, denn die westlichen Alliierten hatten die Häfen blockiert. Wir hatten Freundschaften zu den Franzosen im Hafen. Und dann sind mein Freund Kurt Oldenburg und ich mit Hilfe der Franzosen desertiert. Wir wurden an der Grenze verhaftet und

in Bordeaux zum
Tode verurteilt.
Ich war zehn
Monate in der
Todeszelle, Tag
und Nacht an
Händen und
Füßen gefesselt.
Ich wurde gefoltert, weil ich
die französischen

Freunde vom Widerstand nicht verraten habe, aber auch weil wir mit Spaniern, die dort als Geiseln inhaftiert waren, einen Ausbruchversuch unternommen hatten. Das waren ca. 90 Geiseln. Es waren Männer, aber auch Jungs dabei von zehn, elf, zwölf Jahren. Ungefähr drei Wochen nach dem misslungenen Ausbruchversuch wurden deren Angehörigen auf den Gefängnishof gebracht, um sich zu verabschieden. Da sah ich durch die Gitter Frauen und Mütter, die ihre Kinder und Männer in die Arme nahmen und schrien und sie nicht loslassen wollten. Ich sah Soldaten der Wehrmacht, die sie brutal auseinander rissen. Sie wurden alle umgebracht, auch die Kinder.

Von Bordeaux aus kam ich dann nach Esterwegen im Emsland und dann nach Torgau. Wir waren ja wehrunwürdig und sollten in Torgau überprüft werden, ob wir körperlich und charakterlich geeignet waren, wieder Soldat zu werden. Torgau an der Elbe war das größte Wehrmachtsgefängnis: Circa 60.000 Gefangene, über 1.300 wurden erschossen, erhängt oder geköpft. Weil ich Diphtherie hatte war ich nicht fronttauglich und wurde innerhalb der Festung Freigänger.

Und da erinnere ich mich an einen

Kameraden ganz

besonders: An

Johann Lukaschitz.

Er hatte dicke

Hand- und Fuß-

fesseln. Seine

Gelenke bluteten.

Er musste zum

Revier, weil er verbunden werden musste. Die Ketten schepperten über die Steine. Ich habe das oft erlebt. Wir sind Freunde geworden. Später, als wir uns zum letzten Mal sahen, sagte er: „Nie wieder Krieg.“ Das ist mir tief im Gedächtnis geblieben.

Er wurde dann einige Tage später in Halle enthauptet. Von Torgau aus kamen wir Gefangenen, die Wehrmachtsdeserteure, an die Ostfront zum Strafbataillon. Diese Strafbataillone wurden nur noch dort eingesetzt, wo mit der sogenannten „verbrannten Erde“ alles niedergemacht worden war - ganze Dörfer und ihre Einwohner. Aber auch von uns hat fast keiner überlebt; auch mein Freund Kurt Oldenburg nicht. Ich wurde verwundet, kam nach Brünn ins Lazarett und konnte überleben.

Wir haben nach dem Krieg gehofft, dass unsere Handlungen anerkannt werden würden. Aber wir wurden nur als Feiglinge, Kriminelle, Vorbestrafte beschimpft, bedroht. Ich konnte es nicht ertragen, habe mich öffentlich zu Wort gemeldet. Doch ich wurde dann von alten Kameraden zusammengeschlagen. Als ich zur Polizei ging, um Anzeige zu erstellen, wurde ich dort noch einmal zusammengeschlagen. Mein Vater hat dies alles miterleben müssen. Er ist 1947 verstorben, wohl auch aus Kummer. Ich war so sehr kaputt und traumatisiert,

dass ich dann

mit anderen

zusammen in

einigen Jahren

meinen ganzen

Besitz ver-

trunken habe.

Die anderen, die

mitgetrunken haben, waren sicherlich auch kaputt vom Krieg.

Ich bin nach Bremen gekommen und habe meine Frau kennengelernt. Ich habe mich aber nicht fangen können, habe weiter getrunken. Ich konnte vielleicht nicht anders. Und dann ist meine Frau bei der Geburt vom sechsten Kind gestorben. Erst von da an habe ich auch Verantwortung für meine Kinder und mich übernehmen können.

Ich habe die Kinder alleine aufgezogen und bin in die Friedensbewegung und die Dritte-Welt-Bewegung gekommen. Und ich frage mich: Warum bin ich denn gleich, nachdem ich wieder auf die Füße kam, dort hingekommen? Sicherlich auch, weil ich diesen beispiellosen Vernichtungskrieg als Opfer miterlebt habe.

„Warum bin ich in die Dritte-Welt-Bewegung gekommen? Weil ich Hunger und Verhungern grausam miterleben musste.“

Warum bin ich in die Dritte-Welt-Bewegung gekommen? Sicherlich auch, weil ich Hunger und Verhungern grausam miterleben musste. Der langjährige UNO-Beauftragte für das Menschenrecht auf Nahrung,

Prof. Jean Ziegler, beschuldigt unsere reichen, westlichen Länder des millionenfachen Mordes an den Armen, weil wir der übrigen Menschheit zu unserem Vorteil und Überfluss eine Weltwirtschaft

aufgezwungen haben und weiter aufzwingen, bei der jeden Tag, auch heute, bis zu hunderttausend Menschen elendig verhungern. Und diese Menschheitsverbrechen müssen vorgeblich auch militärisch verteidigt werden.

In den 60er, 70er Jahren des letzten Jahrhunderts haben die USA über drei Millionen Vietnamesen getötet, haben davon bis zu hunderttausend grausam mit Napalm-Bomben ermordet.

Was hatten die Vietnamesen ihnen denn getan, dass die USA diese Verbrechen begangen haben? Ich meine, auch die heutigen Kriege sind nicht weniger grausam und verbrecherisch.

**„In diesem Land,
von keinem bedroht, sind wir
aufgerufen zu gewaltfreiem Handeln,
uns einzusetzen für Gerechtigkeit,
für das Leben,
für den Frieden.“**

Was haben wir zum Beispiel in Afghanistan und am Hindukusch militärisch zu verteidigen?

Was haben wir da zu suchen?

Was wäre denn, wenn die armen Länder stärker wären und sie ihre Interessen militärisch am Rhein, den Alpen oder Nordamerika verteidigen würden?

Ich denke, wir in diesem reichen Land, von keinem bedroht und mit unserer Geschichte, wir sind aufgerufen zu gewaltfreiem Handeln, uns einzusetzen für Gerechtigkeit, für das Leben, für den Frieden.

**>Nie wieder Krieg<
ist das Vermächtnis unserer Opfer.**



IMPRESSUM:

Senatskanzlei

Am Markt 21

28195 Bremen

Telefon: 0421 361-6132

office@sk.bremen.de

www.rathaus.bremen.de

Druck: Werkstatt Bremen